

Liebe Regensburgerinnen und Regensburger, sehr geehrte Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer, liebe Kooperationspartner_innen und liebe Mitstreiter_innen gegen Rassismus,

Wir stehen heute zusammen hier, um (an das Massaker in Sharpeville am 21. März 1960 zu erinnern und) allen Opfern von Rassismus zu gedenken, und um uns die gewaltvollen Auswirkungen von Rassismus und Diskriminierung ins Gedächtnis zu rufen.

Für viele in unserer Gesellschaft ist Rassismus leider keine ferne Erinnerung, sondern traurige Realität im Alltag. Sie werden aufgrund z.B. ihres Aussehens, ihrer echten oder vermeintlichen Herkunft oder Religionszugehörigkeit in vielen Alltagssituationen diskriminiert und verschiedenen Formen von Rassismus ausgesetzt. Er zeigt sich in blöden Bemerkungen, Mikroaggressionen, institutioneller Diskriminierung und sogar in Anfeindungen und Übergriffen.

Wohin Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung, Ausgrenzung und Stigmatisierung von Minderheiten führen können, kennt man in Deutschland schmerzlich gut. Millionenfache Morde und Verfolgung von Jüd*innen, Rom*nja und Sinti*zze, LGBTQIA* - Personen und Menschen mit Behinderung basierten auf der kulturell verankerten und gesellschaftlich akzeptierten Geringschätzung und rassistischen Diskriminierung in der Mitte der Gesellschaft.

Rassismus und Diskriminierung hinterlassen bis heute eine blutige Spur, die von der Shoah, Hoyerswerda, Solingen, Mölln, über NSU-Morde, Halle und Hanau in ganz Deutschland reicht und Tag für Tag auch bei Alltagsdiskriminierungen Menschen seelisch und körperlich verletzt.

So müssen die „Wehret den Anfängen!“ und „Nie wieder!“-Rufe auf den Demos immer auch die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung im Alltag und in der Mitte der Gesellschaft bedeuten.

(Die jüngst bekannt gewordenen sogenannten „Remigrationspläne“ Rechter und extrem Rechter machen die rassistische Idee von einem Deutschland sichtbar, die an die dunkelsten Zeiten deutscher Geschichte erinnert, in denen die Blut- und Boden-Ideologie Minderheiten zu minderwertigen Menschen erklärt und ihre Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft abgesprochen hat.)

(Denn) Es ist nichts Neues, das Sündenböcke gesucht werden, wenn Unzufriedenheit herrscht, dass rechte Ideologien an Zuspruch gewinnen, wenn Politik und Medien mit Populismus auf gesellschaftliche Herausforderungen reagieren.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Gesellschaft sich kontinuierlich mit ihren eigenen sozialen und historischen Strukturen auseinandersetzt, um Verantwortung zu übernehmen und die Kontinuitäten von Rassismus anzuerkennen. Wir müssen stets wachsam sein und alles unternehmen, um zu verhindern, dass Rechte, Völkische, Nationalisten, Rassisten politische und gesellschaftliche Macht erlangen.

Die AFD wird immer stärker in den Parlamenten, stellt bereits Bürgermeister in einigen Städten und ihr wird bei den diesjährigen Landtagswahlen gar Regierungsbeteiligung prognostiziert.

Die Neonazis aus den 90ern mit ihren Baseballschlägern sind heute kaum wiederzuerkennen – sie tragen nun Anzüge und sitzen in den Parlamenten. Ein Blick 100 Jahre zurück offenbart erstaunliche Parallelen zu den aktuellen Zwanzigern: Während sich gesellschaftliche und wirtschaftliche Umstände

geändert haben, wiederholen sich politische Entwicklungen. Es wird ein Klima der Instabilität erzeugt und nach Umbruch gerufen und die völkisch nationalistische Strömung als Lösung aller Probleme propagiert.

Diese gefährlichen Entwicklungen müssen wir verhindern, indem wir nicht rechten Narrativen nachlaufen und deren Forderungen aufnehmen, sondern stattdessen überall für eine demokratische und pluralistische Gesellschaft eintreten.

Die Reaktionen auf die jüngsten Ereignisse in Regensburg, einschließlich Diebstählen, Beschaffungskriminalität, Gewalt gegen Frauen sowie die Diskussion um ein Geflüchtetenlager in Obertraubling und die Geschehnisse um das Bahnhofsareal, sind besorgniserregend. Es ist beunruhigend, dass diese Ereignisse dazu führen, dass ganze Gruppen pauschal verurteilt, diskriminiert, Straftaten ethnisiert und pauschale Abschiebungsforderungen gestellt werden, anstatt Straftaten einfach nach geltendem Recht zu bestrafen.

Nach Hintergründen und Ursachen wird meist nicht gefragt, geschweige denn an deren Beseitigung gearbeitet. Die strikten Asylgesetze, welche Arbeitsverbote, Zwangsunterbringung und das Prinzip der Sachleistungen vorsehen, behindern eine potenzielle Integration und die Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens. Stattdessen verstärken sie prekäre Lebensumstände.

Anstatt gemeinsam nach Lösungen zu suchen und die Umstände sowie Begleiterscheinungen zu erkennen, verstärkt sich Hetze und Ängste werden geschürt.

- Erschreckend sind die pauschale Verurteilung und pauschalen Forderungen nach Abschiebungen von Schutzsuchenden.
- Erschreckend sind die Deportationsfantasien. (die in den sog. Remigrationsplänen zu Tage kamen)
- Erschreckend sind die Grenzen, die immer fester um Europa gezogen und in den Köpfen der Menschen aufgebaut werden.

Die Gefährlichkeit politischer Forderungen nach Abschottung, Abschiebung und Ausgrenzung wird nicht erkannt und rassistische Gesetze werden implementiert.

Wir müssen populistische Mechanismen entlarven und entschlossen Verschwörungsideologien und Verunsicherung entgegentreten.

Es kann nicht sein, dass Menschen mit Migrationserfahrung verantwortlich gemacht werden, wenn Unzufriedenheit und Angst herrscht und, dass die Herausforderungen und Kämpfe der Gesellschaft auf dem Rücken von vermeintlich „Anderen“ ausgetragen werden.

Wir möchten betonen, dass Deutschland schon lange ein Einwanderungsland ist und es keine *Anderen* gibt, denn wir alle gemeinsam bilden seine vielfältige Gesellschaft.

Es ist an der Zeit, dass wir uns vereinen und klarstellen, dass Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Lasst uns gemeinsam dafür eintreten, dass jeder Mensch (unabhängig von seiner Herkunft, Hautfarbe oder anderen Merkmalen) gleichwertig behandelt wird,

deshalb schließen wir AGABY an und fordern:

- Menschenrechte für alle, ohne Wenn und Aber!
- Schutz der Demokratie vor rassistischen und demokratiefeindlichen Kräften mit allen rechtsstaatlichen Mitteln

- das Demokratiefördergesetz und Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus und Rechtsextremismus
- die Novellierung und Weiterentwicklung des AGG
- ein Landesantidiskriminierungsgesetz
- eine unabhängige Landesantidiskriminierungsstelle sowie ein flächendeckendes Angebot von ortsnahen Antidiskriminierungsberatungen
- mehr Bildungs- und Aufklärungsarbeit zur Sensibilisierung und Prävention von Rassismus und Diskriminierung.

In Regensburg unterstützen wir die Forderung, die Leistungsfähigkeit der Ausländerbehörde zu verbessern, um eine schnellere Bearbeitung von Anträgen zu ermöglichen und den Menschen eine Perspektive zu bieten. Beispielsweise könnten die Zuständigkeiten der Behörde erneut geprüft werden und allgemeine Meldeangelegenheiten könnten an die Bürgerbüros übertragen werden, um Ressourcen für die eigentlichen Aufgaben der Behörde freizusetzen. Ein akzeptables und praktikables Terminvergabeverfahren muss eingeführt werden, um lange Warteschlangen vor der Behörde zu vermeiden. Mitarbeiter*innen ohne umfangreiche Ausbildung könnten z.B. einfache, aber zeitaufwendige Aufgaben wie die Überprüfung von Unterlagen auf Vollständigkeit anhand von klaren Vorgaben übernehmen, um die Sachbearbeiter_innen zu entlasten.

Für uns alle gilt: Jede*r Einzelne von uns kann einen Beitrag leisten, sei es durch Aufklärung, Solidarität oder das Hinterfragen eigener Vorurteile.

Lasst uns streiten, lasst uns konstruktiv nach Lösungen suchen, aber nicht um den Preis des Ausschlusses,

"Vielfalt ist unsere Stärke! Für eine solidarische und gleichberechtigte Gesellschaft!

"Kein Platz für Hass und Diskriminierung!"

"Menschenrechte für alle, alle für Menschenrechte! Zusammen gegen Rassismus!"

Danke für Eure Aufmerksamkeit